Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 28

Allen Kameraden
fröhliche Weihnachten und ein gesundes neues Jahr!

Der Preis der Freiheit ist ewige Wachsamkeit

(Jefferson, 3. amerikanischer Präsident und Schöpfer der amerikanischen Verfassung)

US-Flotte war alarmbereit

Rückblende auf die Berlin - Krise

NEW YORK, 3. Dezember (UPI). Starke Einheiten der amerikanischen See- und Luftstreitkräfte wurden im vergangenen Mai in Alarmzustand versetzt und nahmen strategische Positionen ein, um jeden Eventualfall zum Zeitpunkt des Auslaufens des Berlin-Ultimatums begegnen zu können. Dies teilte jetzt Vizeadmiral Smedberg, der Kommandant der Zweiten US-Flotte, mit.

Am 18. Mai hatte die Genfer Außenministerkonferenz den toten Punkt erreicht und stand vor dem Abbruch. Das von dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow gestellte Berlin-Ultimatum lief am 27. Mai ab. Smedberg berichtete, daß am 18. Mai die Flotte den Befehl erhielt, auszulaufen. Flugzeugträger, mit ferngelenkten Raketen bestückte Kreuzer, Zerstörer, Radarschiffe, Unterseeboote, Tankschiffe und Munitionsschiffe sowie U - Bootjäger - Einheiten versammelten sich an einem geheimen Treffpunkt.

„Innerhalb von 24 Stunden", führte der Vizeadmiral aus, „konnten wir 800 Kilometer, in einer Woche rund 5600 Kilometer von dem Treffpunkt entfernt sein, sofort bereit, mit atomaren oder konventionellen Waffen zuzuschlagen." Smedberg schloß mit der Erklärung, daß seine Flotte wieder in die Heimathäfen einlief, nachdem das Berlin-Ultimatum am 27. Mai abgelaufen war.

(Meldung der „Frankfurter Rundschau" v. 4. 12. 59.)

Neo-Nazis laden ein!

(Der Original-Handzettel befindet sich im Besitz der Redaktion.)

DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN

Wir sind nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen!

GROSSVERSAMMLUNG

Dr. Peter Kleist, München, über

„CHRUSCHTSCHEW AM BRANDENBURGER TOR"

Freitag, 11. Dezember 1959, 20 Uhr,
LANDHAUS DAHLEM
Berlin-Dahlem, Podbielskiallee 50
U-Bahnhof Podbielskiallee, Autobus A 1, A 16, A 32 bis Breitenbachplatz
Unkostenbeitrag 0,30 DM

BNS Bund Nationaler Studenten
Gruppe Berlin
Berlin-Reinickendorf 1, Kühleweinstraße 6, Telefon 49 36 01

Die verbotene Versammlung wurde durch die Polizei aufgelöst.

NON OLET?

In St. Moritz (Schweiz) gibt es einen Brunnen, gestiftet der Wohltäterin Freifrau von Goldschmidt-Rothschild, anläßlich einer Überschwemmungskatastrophe. Auf dieses Brunnendenkmal aufgemalt sind jetzt demonstrativ die schwedischen Nationalfarben, wahrscheinlich, um zu zeigen, daß die Goldschmidt-Rothschilds nichts mehr mit den Deutschen zu tun haben wollen. Am 6. September 1903 wurde der k. u. k. österreich - ungarische Generalkonsul Maximilian Goldschmidt in Frankfurt am Main, der Schwiegersohn Friedrich Wilhelm von Rothschilds, in den erblichen Adelsstand erhoben. Bereits zweieinhalb Jahre später, unter der Regierung Wilhelm II., erfolgte die Erhebung in den preußischen Freiherrnstand. Da aber die Familie Goldschmidt-Rothschild dem Glauben der Väter treu geblieben war — die einzige preußische Freiherrnfamilie israelitischer Rasse und Konfession —, konnte der älteste Sohn des neuen Freiherrn jedoch niemals in Deutschland Reserveoffizier werden, was mit Bedauern einst der Reichskanzler Fürst Bülow dem Grafen Zedlitz-Trützschler gegenüber feststellte.

Bei vielen anderen Vertretern des großbürgerlichen Wohlstandes, denen danach verlangte, zur sozialen Geltung der Aristokratie aufzusteigen, um auch teilzuhaben an der politischen Macht in der damaligen Zeit, lagen solche Schwierigkeiten nicht vor: Sie hatten beizeiten durch einen Religionswechsel dem vorgebeugt. Freilich gab es auch im „arischen" Teil des Großbürgertums nur wenige, die es ablehnten, für das Linsengericht der Teilnahme an der Macht ihre Eigenständigkeit aufzugeben, wie der alte August Thyssen und Peter Klöckner zum Beispiel. Kurt Pritzkoleit schrieb in seinem bemerkenswerten Buch „Wem gehört Deutschland": „Das ökonomisch allzu schnell herangereifte Bürgertum — ehedem vertreten durch kämpferische Liberale vom Schlage Hansemanns, Camphausens, Mevissens, Beckeraths und Bambergers — hatte seine Stunde verpaßt. Das Rad der Geschichte war über die Alten hinweggerollt. Die Jungen hatten nicht mehr den Mut und die geistige Kraft, zu einer eigenen Staatskonzeption zu kommen. Es fror sie im Schatten ihrer Fabriken, an deren Werkbänken Millionen Arbeiter standen, die das Parteibuch der SPD oder die Mitgliedskarte einer Gewerkschaft in der Tasche trugen. Da war es schon besser, neben den Junkern sich der Sonne der allerhöchsten Huld zu erfreuen, die schimmernde Wehr des Reserve-Kavallerie-Offiziers zu tragen, die vielerlei Orden, die man allenfalls auch um kirchliche Spenden kaufen konnte, aus der Hand des Monarchen entgegenzunehmen, Großgrundbesitz zu erwerben, Rennställe zu halten, sich hinaufzuheiraten und nach alledem nicht nur in gesellschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht als guten Ton zu akzeptieren, was der Erhaltung der verfassungsrechtlich sanktionierten Ungleichheit frommte."

Wohl gab es hiergegen auch eine bürgerliche Opposition neben den Freisinnigen, die als politischer Faktor kaum noch in Frage kamen; es war der Alldeutsche Verband des Justizrat Heinrich Claß, der durch die Vermittlung von Hugenberg und Emil Kirdorfs gute Beziehungen zur westdeutschen Montanindustrie unterhielt, sich eine „Bewegung" nannte, seine „Massenbasis" aber im gebildeten Mittelstand und in der nach vielen Tausenden zählenden Schicht der kleinen und mittleren Fabrikanten Westdeutschlands besaß.

Wohin diese Bewegung tendierte, ist wohl deutlich genug aus der erstmals im Jahre 1912 erschienenen Schrift des Justizrats Claß zu erkennen, in der die Glaubenssätze der Alldeutschen lauteten:

1. „Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutschgeborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte."

Also: Wider „die Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist."
Die Forderung muß sein: die landansässigen Juden werden unter Fremdrecht gestellt."
Im einzelnen bedeutet das: „Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter verschlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrenamt, einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde. Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie nicht zugelassen. Sie erhalten weder aktives noch passives Wahlrecht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen versagt; die Leitung von Theatern desgleichen. Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind als solche kenntlich zu machen; die anderen, die man allgemein „deutsche" Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdischem Besitz stehen noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben.
Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen einzelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben. Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdischem Eigentum stehen noch mit solchen Hypotheken belastet werden. Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Volksfremde genießen, entrichten sie doppelte Steuern wie die Deutschen."

2. „Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Form, durch die eine Volksvertretung geschaffen wird, wie sie ein Volk in schwierigster Lage braucht. Deshalb muß grundsätzlich die Forderung erhoben werden, dies Wahlrecht zu beseitigen." Dieser Forderung folgte der Ergänzungsvorschlag, ein Fünfklassenwahlrecht einzuführen, denn „Wer gar keine Steuern zahlt, hat auch kein Wahlrecht."

3. „Es heißt, der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, daß man sie von der jetzigen Führerschaft befreit, indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer — kurz alle im Dienst der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reich ausgewiesen werden."

4. „Man wird mit vollem Recht den Satz aufstellen können, daß kein Krieg dem Volke so schwere Verluste gebracht hat wie die Freizügigkeit."

   Es wird daher gefordert, im Zusammenhang mit einer etwaigen Agrarreform die Frage zu erörtern, ob das bisherige Recht der Freizügigkeit, d. h. auf freie Wahl des Wohnsitzes „in seiner Schrankenlosigkeit bestehen bleiben könne."

5. „Man muß das ständige Verbot der Warenhäuser verlangen."

6. „Das fest ins Auge zu fassende Ziel heißt: unter allen Umständen die nicht germanischen Volksfremden so schnell wie möglich aus dem Reichsgebiet zu entfernen und sie dann dauernd fernzuhalten."

   (1914, während der ersten Kriegsmonate, wurde dieser Satz dahin erweitert, daß nach der Wegnahme Kongreßpolens und der Ukraine, „was aus militärischen Gründen und zu Siedlungszwecken für Deutschland anzustreben sei, die „Forderung, frei von Menschen für das zu erwerbende Land, als notwendig" anerkannt werden müsse.)

7. „Wer — — — sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg herbeisehnen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke."

8. „Das Bedürfnis lebt heute noch in den Resten unseres Volkes, einem starken, tüchtigen Führer zu folgen; alle die unverführt geblieben sind von den Lehren undeutscher Demokratie, sehnen sich danach, nicht weil sie knechtisch gesinnt wären oder charakterschwach, sondern weil sie wissen, daß Großes nur bewirkt werden kann durch die Zusammenfassung der Einzelkräfte, was sich wiederum nur durch die Unterordnung unter einen Führer erreichen läßt."

(Fortsetzung folgt)

Berliner Sportschützen

Der uns befreundete Schützenverein „Berliner Sport-Schützen" genannt BSS, gibt uns die Gelegenheit, unsere Kameraden als Gäste am Luftgewehrschießen teilnehmen zu lassen. Zwei Stände stehen uns vorerst von den vorhandenen Schießständen in der Hasenheide 23 - 32 (Hinterfront der Kegelsporthallen) an den unten aufgeführten Sonntagen von 10 bis 12 Uhr zur Verfügung. Außerdem stellt der BSS gegen eine Teilnehmergebühr von 1,— DM pro Kameraden seine modernen Luftgewehre, Schießscheiben mit je 50 Schuß pro Mann.

Kameraden die dieses Angebot in Anspruch nehmen wollen, melden sich an den angegebenen Tagen auf den Schießständen bei den Kameraden Grodka oder John.

Vorerst stehen an folgenden Tagen die Schießstände zur Verfügung:

3. Januar 1960
10. Januar 1960
31. Januar 1960
7. Februar 1960
28. Februar 1960
20. März 1960
27. März 1960

Weitere Termine folgen!

Wir hoffen, daß unsere Kameraden von diesem Angebot reichlich Gebrauch machen.

Am 29. November 1959 verstarb unser Kamerad

Albert Kanitzberg,
Bezirk VII Charlottenburg

Er war ehemals einer der aktivsten Reichsbannerkameraden und gehörte dem Freiheitsbund seit der Gründung an.

Sein Andenken wird unvergessen bleiben!

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.